
Otto Kreye

Internationale Wirtschaftsentwicklung und nationale Beschäftigungspolitik

Dr. Otto Kreye, geb. 1936 in Waren/Müritz (Mecklenburg), ist Mitarbeiter und Mitglied des Vorstands des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e. V. und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.

Weltwirtschaftliche Entwicklungstrends und internationale Unternehmenspolitik

In der anhaltenden Depression der Weltwirtschaft sind in den Industrieländern (von wenigen Ausnahmen abgesehen) und in den meisten Entwicklungsländern auf niedrigem Niveau stagnierende oder sogar negative Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts, der Investitionen und der Nachfrage zu verzeichnen. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für die Gruppe der sieben größten westlichen Industrieländer für 1988 und 1989 trotz niedriger Inflationsraten und niedriger Zinssätze ein weiter sinkendes Wirtschaftswachstum (World Economic Outlook 1988). Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften „erwartet eine Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Entwicklung“. Obwohl in der Gemeinschaft von den Angebotsbedingungen her eine gesunde Grundlage für Wachstum bestehe, sei es unwahrscheinlich, daß das reale Bruttoinlandsprodukt um mehr als 2 Prozent im Jahr zunehmen werde. Im besten Fall werde die Arbeitslosigkeit auf ihrem derzeitigen, unannehmbar hohen Niveau stagnieren (Wirtschaftliche Lage und Aussichten für 1988). Viele Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas stehen als solche am Rande des ökonomischen Bankrotts. Die internationale Verschuldung und mit ihr verbundene Kapitalabflüsse (für Zinszahlungen und Tilgungen) haben in der Mehrzahl der Entwicklungsländer einen drastischen Rückgang der Importe sowie der Investitionen und der Produktion für den Inlandsbedarf und für die Inlandsversorgung zur Folge.

Weltweit gibt es keine Anzeichen für eine Abnahme der Massenarbeitslosigkeit. Die westlichen Industrieländer verzeichnen Arbeitslosenraten von durchschnittlich zehn Prozent. Nach Angaben der OECD sind in den westlichen Industrieländern insgesamt 31,5 Millionen Arbeitslose amtlich registriert. Die tatsächliche Arbeitslosenzahl ist um etwa die Hälfte höher und entspricht damit schon fast der Zahl der Beschäftigten in der Verarbeitenden Industrie dieser Ländergruppe. In den Entwicklungsländern sind nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes etwa 500 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die OECD und das Internationale Arbeitsamt rechnen mit weiter ansteigenden Arbeitslosenzahlen in den kommenden Jahren sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern. Die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten ist in vielen Ländern begleitet von anhaltenden Außenwirtschaftsungleichgewichten, wachsenden Haushaltsdefiziten und Strukturkrisen ganzer Branchen.

Angesichts der weltweit stagnierenden Nachfrage, verursacht vor allem durch mehr oder weniger stagnierende Lohneinkommen und reduzierte Staatsquoten in den Industrieländern und stagnierende oder abnehmende Importkapazität der Entwicklungsländer, sind die Strategien der Unternehmen kaum auf Expansion gerichtet (es lohnt sich nicht, Investitionen und Produktionen zu erhöhen, wenn zusätzliche Produktion nicht auf zusätzliche kaufkräftige Nachfrage stößt), dafür aber um so mehr auf Kostenminderung (in der Absicht, auch bei insgesamt stagnierender Produktion und Nachfrage

- die Gewinne vor allem auf diese Weise zu erhöhen). Diesem Bemühen dienen
- forcierte Rationalisierung durch Automatisierung, Robotisierung, die Anwendung flexibler Fertigungssysteme, neuer Materialien und so weiter,
 - forcierte Nutzung von Standortvorteilen weltweit (global sourcing), was zum Beispiel in abnehmender nationaler Eigenfertigung und zunehmender weltweiter Beschaffung seinen Ausdruck findet,
 - branchen- und länderübergreifende Unternehmenszusammenschlüsse in allen möglichen Formen: transnationale Unternehmenskooperation
 - und schließlich die Reorganisation von Unternehmensstrukturen.

In Kombination miteinander angewendet, zielt der Einsatz dieser Instrumente vor allem darauf, die Kosten und darunter vor allem die Arbeitskosten zu reduzieren, was betriebswirtschaftlich durchaus seine Rationalität hat, gesamtwirtschaftlich jedoch die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen läßt. Fast ausnahmslos planen die großen Unternehmen und Unternehmensgruppen so gut wie aller Länder, in den kommenden Jahren ihre Belegschaften abzubauen. Das gilt nicht nur für den Bereich der industriellen Produktion, sondern auch für den Dienstleistungsverkehr.

Das betriebliche Bemühen um Kostenminderung durch Rationalisierung, Nutzung von Standortvorteilen weltweit, Reorganisation von Unternehmensstrukturen und transnationale Unternehmenskooperationen hat aber auch zum Ergebnis, daß Produktivität und Effizienz rasch zunehmen, was nichts anderes heißt, als daß mit weniger Arbeit mehr produziert werden und so der gesellschaftliche Reichtum zunehmen kann. Es gilt, diese betriebliche Rationalität in den Dienst einer gesamtgesellschaftlichen Rationalität zu stellen. Wirtschafts- und beschäftigungspolitisch heißt dies: Produktivitätssteigerungen und damit mögliche Produktionssteigerungen sowohl für Arbeitszeitverkürzungen und für Einkommenserhöhungen und damit Kaufkraft- und Nachfragesteigerungen als auch für die Finanzierung von Arbeit zu nutzen, die gesellschaftlich wichtig ist, und entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen, also kompensatorische Beschäftigungspolitik zu betreiben.

Konservative Politik versus Politik der Vernunft

Konservative Politik propagiert und praktiziert das Entgegengesetzte zu dem, was gegenwärtig wirtschaftspolitisch möglich und gesellschaftspolitisch geboten wäre. Konservative Politik der Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung, der Reduzierung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, der Einschränkung der staatlichen Nachfrage und des Abbaus des Sozialstaats, des Beschäftigungsabbaus und der Lohnminderung und der Umverteilung der Einkommen zu Lasten der Bezieher von Einkommen aus unselbständiger Arbeit und zugunsten der Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bewirkt gesamtwirtschaftlich nur weiteren Kaufkraftrückgang, weitere Reduzierung der Nachfrage auf den Massenkonsumgütermärkten, weitere Stagnation von Investitionen und Produktion und fortdauernde Arbeitslosigkeit.

Konservative Politik befindet sich gegenwärtig erneut in der Offensive. In einem vom Generalsekretär der OECD vorgelegten „Reformprogramm“ mit dem Titel „Strukturelle Anpassung und wirtschaftliche Leistung“ wird der Weltwirtschaft eine „ordnungspolitische Verjüngungskur“ empfohlen mit der „kaum verhüllten Aufforderung, den ‚Sozialkontrakt‘ der westeuropäischen Gesellschaften, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, zu kündigen“ (so der „trend letter“ des Hamburger Manager Magazins). Der Internationale Währungsfonds empfiehlt der Bundesrepublik in seinem jüngsten „Weltwirtschaftlichen Ausblick“, „strukturelle Rigiditäten“ wie „Restriktionen auf dem Arbeitsmarkt“, „Subventionen für die Industrie und die Landwirtschaft“ und „Regulierungen auf den Güter- und Finanzmärkten“ abzubauen. Die Deutsche Bundesbank reiht sich in diesen Chor ein, indem sie feststellt, daß „Ansätze zum Abbau von Rigiditäten auf der Angebotsseite, die das Wirtschaftswachstum begrenzen,... unzureichend“ seien¹. Die Deutsche Bank reitet in ihrem jüngsten Geschäftsbericht eine furiose Attacke gegen Kündigungsschutz und faktisch für mehr Arbeitslosigkeit (weil „Arbeitsplätze freigesetzt werden müssen, um das Gros der Arbeitsplätze zu sichern“), für Sozialabbau und für die Logik des Marktes als der alleinseligmachenden wirtschaftspolitischen Instanz².

Soweit solche Rezepte bislang befolgt worden sind, haben sie ausnahmslos - in Industrie- wie in Entwicklungsländern - zu einer Verschärfung der Probleme von Arbeitslosigkeit, Nachfragerückgang, Staatsverschuldung und regionaler und sektoraler ungleicher Entwicklung geführt.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Leontief (der in den zwanziger Jahren die Methode der Input-Output-Analyse entwickelt hat und dafür in den siebziger Jahren mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden ist) hat in den letzten Jahren in einer Reihe von Abhandlungen in bestechender Weise dargelegt, daß es im Interesse von Vollbeschäftigung und langfristig „ungestörter“ Wirtschaftsentwicklung notwendig ist, Produktivitätsfortschritte fortgesetzt für Arbeitszeitverkürzungen und Einkommenssteigerungen zu nutzen.³

Die Logik der Marktwirtschaft, die einerseits praktisch ständig Produktivitätsfortschritte erzwingt, läßt es andererseits nicht zu, daß Produktivitätszuwächse und damit verbunden Produktionspotentiale quasi von selbst für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für mehr Sozialstaatlichkeit und für gerechtere Einkommensverteilung verfügbar werden. Dafür (im Rahmen des im System Möglichen) zu sorgen, ist Auftrag der Politik: Produktivitätsfortschritte, die in der Sphäre der marktwirtschaftlichen Waren- und Dienstleistungsproduktion Arbeitsplätze überflüssig werden lassen, sind (über Arbeitszeitverkürzungen und Einkommenssteigerungen hinaus) zu nutzen für die Schaffung und Finanzierung von Arbeitsplätzen in der öffentli-

1 Geschäftsbericht der Deutschen Bank für das Jahr 1987.

2 Ebenda.

3 Wassily W. Leontief, The distribution of work and income, in: Scientific American, 9 (1982).

chen Produktion, also in der Sphäre gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller und von der marktwirtschaftlichen Sphäre nicht geleisteter oder nicht zu leistender Arbeit.

Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit *nicht* aus. Es gibt einen praktisch unbegrenzten Bedarf an gesellschaftlich wichtigen (öffentlichen) Produktionen und Dienstleistungen im Sozialbereich, im Infrastrukturbereich, im Umweltschutz, in der Stadtanierung, im Bildungswesen und in der Wissenschaft und Forschung. Produktivitätsfortschritte und Zuwächse des Volkseinkommens, die gegenwärtig allerdings zu einem erheblichen Teil als Liquiditätshaltung brachliegen, für Finanzanlagen verwendet werden oder ins Ausland abfließen, erlauben ihre Finanzierung.

Die Arbeitslosigkeit kann beseitigt werden

Was die Marktwirtschaft - jedenfalls „aus sich selbst heraus“ - nicht leistet und nicht leisten kann, nämlich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Vollbeschäftigung, kann durch ein konsistentes Programm aufeinander abgestimmter Maßnahmen

- zur Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen (nichtmarktwirtschaftlichen) Sektor,
- zur Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit
- und zur Steigerung der Einkommen und Erhöhung der Nachfrage erreicht werden.

In der Bundesrepublik kann die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Vollbeschäftigung wieder erreicht werden,

- wenn vom Bund, den Ländern und den Gemeinden in den Bereichen von Sozial- und Gesundheitswesen, von öffentlicher Infrastruktur, Stadtanierung, Umwelterhaltung und -Verbesserung, Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur zusätzlich etwa 1 Million Menschen beschäftigt werden;
- wenn im Ergebnis von Arbeitszeitverkürzung und entsprechender Umverteilung der Arbeit zusätzlich etwa 1 Million Menschen beschäftigt werden;
- und wenn durch eine Politik der Einkommenssteigerung für Lohn- und Sozialleistungsempfänger und der Erhöhung der privaten und öffentlichen Nachfrage in der Sphäre der marktwirtschaftlichen Waren- und Dienstleistungsproduktion die Beschäftigung von zusätzlich etwa 1 Million Menschen ausgelöst wird.

Die zusätzliche Beschäftigung von 1 Million Menschen im öffentlichen Sektor würde die (jährliche) Bereitstellung von Mitteln in Höhe der Brutto-Jahreslonnsumme von (zunächst) etwa 50 Milliarden DM erfordern. Jährliche Ausgaben in dieser Höhe könnten, den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt, problemlos aus zusätzlichen Einnahmen (Beschäftigungsfonds) und aus Einsparungen und Umverteilungen in den öffentlichen Haushalten finanziert werden. Als Quellen kommen in Frage: die Abschöpfung nicht reinvestierter Gewinne (Beschäftigungsfonds), Einsparungen von Arbeitslosen-

Unterstützung und Sozialhilfe (Selbstfinanzierungseffekte), Einsparungen nicht beschäftigungswirksamer öffentlicher Ausgaben (Ausgabenumverteilung) und Verzicht auf Steuerreformen, die den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand durch Verzicht auf Einnahmen einschränken.

Durch eine Abschöpfung der nicht reinvestierten Unternehmensgewinne könnten Mittel in Höhe von jährlich 20 bis 30 Milliarden DM verfügbar werden. In der Bundesrepublik wie weltweit „sitzen Unternehmen auf Bergen von Cash, . . . Ende 1986 verfügten die zehn Top-Industriekonzerne über liquide Mittel von 63 Milliarden Mark".⁴ Wenn auch die offiziellen Statistiken (des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank) keine unmittelbaren Angaben über die nicht reinvestierten Unternehmensgewinne enthalten, so lassen sich ihnen doch einige Hinweise auf ihre Größenordnung entnehmen. 1987 lag in der Bundesrepublik die Vermögensbildung mit 223 Milliarden DM um 76 Milliarden DM über den Netto-Investitionen. Einer Schätzung des Handelsblatts ist zu entnehmen, daß bundesdeutsche Großunternehmen seit Anfang der achtziger Jahre jährlich etwa 40 bis 50 Milliarden DM „am (ausländischen) Kapitalmarkt statt in neue Arbeitsplätze investieren".⁵

Durch Abbau der Arbeitslosigkeit und damit Einsparung der Zahlungen für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe könnten gleichfalls jährlich etwa 20 bis 30 Milliarden DM verfügbar werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund gibt (unwidersprochen) die Selbstfinanzierungseffekte einer Beseitigung der Arbeitslosigkeit (aufgrund wegfallender Zahlungen für Arbeitslosengeld, -hilfe und Sozialhilfe) mit jährlich 55 Milliarden DM an.

Und natürlich könnten durch den Verzicht auf die Steuerreform und damit auf weitere Mindereinnahmen jährlich weitere Milliardenbeträge für beschäftigungspolitische Zwecke zur Verfügung stehen.

Die zusätzliche Beschäftigung von 1 Million Menschen im Ergebnis von Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit könnte allein schon dadurch erreicht werden, wenn statt der in der Bundesrepublik jährlich geleisteten 1,5 Milliarden Überstunden für diese Arbeitszeiten zusätzlich Arbeitskräfte beschäftigt würden, von den Effekten einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 oder 30 Stunden ganz zu schweigen. Bei einer durchschnittlichen Jahresarbeitszeit von 1 630 Stunden entspricht die Zahl der Überstunden (der Zahl der Arbeitsstunden von) etwa 900 000 Vollzeit-Arbeitsplätzen.

Wenn eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um etwa 2 Millionen durch öffentliche Beschäftigungsprogramme und als Ergebnis von Überstundenabbau Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen erreicht werden könnte, würde dieses zu einer erheblichen Steigerung der Nachfrage führen, die ihrerseits — vorausgesetzt, es wird dafür Sorge getragen, daß sie nicht durch Preiserhöhungen und Einfuhrsteigerungen „abgeschöpft" werden kann — eine

4 Handelsblatt vom 26./27. Februar 1988.

5 Handelsblatt vom 14. September 1983.

Erhöhung von Produktion, Investitionen und Beschäftigung bewirken würde, von den Beschäftigungseffekten gezielter Maßnahmen zugunsten eines sozial wünschenswerten und ökonomisch möglichen Strukturwandels ganz zu schweigen.

Gegen öffentliche Beschäftigungsprogramme wird häufig eingewendet, sie könnten nicht „funktionieren“, sie seien nicht zu finanzieren oder sie seien nicht mit den Erfordernissen von Modernisierung, Strukturwandel und internationaler Wettbewerbsfähigkeit vereinbar und weltwirtschaftliche Verflechtungen ließen keinen Handlungsspielraum für nationale Beschäftigungspolitik.

So richtig die Feststellung sein mag, daß bisherige Beschäftigungsprogramme nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten, so unzulässig ist die Schlußfolgerung, daß sie deshalb schlechthin nicht funktionieren könnten. Bisherige Beschäftigungsprogramme waren in der Regel mehr oder weniger darauf beschränkt, mit wirtschaftspolitischen Anreizen die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Sphäre der marktwirtschaftlichen Produktion von Waren und Dienstleistungen *anzuregen*; sie hatten nicht die direkte Arbeitsplatzbeschaffung zum Inhalt. Beschäftigungspolitik, die nach dem Muster des klassischen Keynesianismus auf die Effekte indirekter Maßnahmen hofft, muß notwendig scheitern, da sich die erhofften Effekte in einer Phase anhaltender weltwirtschaftlicher Depression nicht einstellen werden. Die *unmittelbare Schaffung von Arbeitsplätzen* in der (racftönarktwirtschaftlichen) Sphäre gesellschaftspolitisch sinnvoller öffentlicher Aktivitäten und ihre unmittelbare öffentliche Finanzierung entgeht diesem Dilemma. Nichts spricht dagegen, daß eine derartige Beschäftigungspolitik, vom Umfang her angemessen konzipiert und effektiv durchgesetzt, nicht den beabsichtigten Erfolg haben könnte. Darüber hinaus wird eine Politik der direkten Arbeitsplatzbeschaffung (und -finanzierung) im öffentlichen Sektor Produktions-, Investitions- und Beschäftigungseffekte in der Sphäre der marktwirtschaftlichen Produktion von Waren und Dienstleistungen auslösen, und dies um so mehr, wenn sie von einer Politik der gezielten Förderung eines sozial wünschbaren und ökonomisch möglichen Strukturwandels begleitet wird.

Eine quantitative und qualitative Verbesserung des Angebotes an öffentlichen Leistungen, wie sie durch gezielte öffentliche Beschäftigungsprogramme erreicht werden könnte, würde im übrigen dazu beitragen, die Standortbedingungen zu verbessern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Inland produzierender Unternehmen zu erhöhen. Sie kann ferner dazu beitragen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit - soll sie kein Wert an sich sein - von gesellschaftspolitisch sinnvollen Produktionen und Dienstleistungen gefördert wird.

Nationale Beschäftigungspolitik in der internationalisierten Ökonomie

Dem international integrierten ökonomischen System (der Weltwirtschaft) entspricht kein international integriertes politisches System (kein Weltstaat).

Bis auf weiteres ist auch davon auszugehen, daß eine international koordinierte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung nicht weltweit (Industrie- und Entwicklungsländer) und kaum regional (in Westeuropa gegenwärtig auch nicht im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft) durchzusetzen ist, was natürlich nicht heißen soll, es in aller Zukunft dabei zu belassen. Aus diesen Gründen ist gegenwärtig das Bemühen um eine Beschäftigungspolitik im nationalen Rahmen angemessen, unter der Voraussetzung freilich, daß die vom Weltmarkt ausgehenden „Sachzwänge“ ernsthaft zur Kenntnis genommen und daß durch geeignete Vorkehrungen die Voraussetzungen für den Erfolg einer solchen Beschäftigungspolitik im nationalen Rahmen und soweit wie möglich natürlich auch im regionalen Rahmen (Europäische Gemeinschaft) geschaffen werden. Gelingt es nicht, durch ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen die vom Weltmarkt ausgehenden Wirkungen auf die nationale wirtschaftliche Entwicklung unter Kontrolle zu bekommen, und gelingt es nicht, die Unternehmen daran zu hindern, beschäftigungspolitische Maßnahmen zu unterlaufen, dann droht jede nationale kompensatorische Beschäftigungspolitik an den Klippen Inflation, Stagnation der Produktion, Leistungsbilanzdefizit und übermäßige Staatsverschuldung zu scheitern.

Zu den flankierenden Maßnahmen, die im einzelnen zu ergreifen wären, würde eine antiinflationär orientierte Preispolitik (falls notwendig: Preiskontrolle), eine selektive, Leistungsbilanzdefizite verhindernde Importpolitik (falls notwendig: Importkontrolle), die im übrigen den Bedürfnissen der Entwicklungsländer durchaus Rechnung tragen könnte (Stichwort: Sozialklausel), und eine die Lebensqualität erhöhende, gebrauchswertorientierte, umwelterhaltende Investitionspolitik (falls notwendig: Investitionskontrolle) gehören. Der punktuelle Einsatz eines jeden dieser Instrumente ist in den westlichen Industrieländern durchaus an der Tagesordnung. Freilich werden alle diese Instrumente bisher fast ausnahmslos im Interesse der Verbesserung der Rentabilität der Unternehmen eingesetzt. Ob es sich nun um Preisverordnungen und Mengenkontingente handelt, wie im Bereich von Landwirtschaft und Stahl; ob es um tarifäre oder nichttarifäre Importverbote oder -beschränkungen geht, wie bei Textil/Bekleidung; ob es Kapitalexportverbote sind, wie zur Zeit der Johnson-Administration; oder ob es schließlich Maßnahmen zur Investitionslenkung im Energie-, Rohstoff- und Rüstungsbereich sind: Protektionistische, interventionistische und regulative Eingriffe, die politisch gewollt waren, hat es immer gegeben, und die „Marktwirtschaft“ hat sie ertragen. Das Argument der Unvereinbarkeit solcher Eingriffe mit dem marktwirtschaftlichen System ist in Wahrheit nur ein Argument gegen solche Eingriffe für beschäftigungspolitische Ziele und ein Argument zugunsten der von der gegebenen Struktur der Marktwirtschaft unmittelbar Begünstigten.

Das historische Beispiel - die Politik des New Deal - und das aktuelle Beispiel - das „Modell Schweden“ - zumindest im Ansatz erfolgreicher öffentlicher Beschäftigungspolitik lehren, daß es ökonomisch möglich ist, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren; man muß es nur politisch wollen.

In Schweden gibt es gegenwärtig kaum Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote liegt bei zwei Prozent. Eine ganze Reihe von Indikatoren deutet auf eine insgesamt günstige Wirtschaftsentwicklung hin: Das Produktionswachstum nimmt zu. Die Kapazitäten sind ausgelastet. Das Leistungsbilanzdefizit ist zurückgegangen. Das Haushaltsdefizit verringert sich. Die Reallöhne sind gestiegen. Der Sozialstaat wird weiter ausgebaut. Die Einführung der 30-Stunden-Woche steht auf der Tagesordnung gewerkschaftlicher Forderungen. Offensichtlich ist es möglich, trotz ähnlicher Einbindung in die Weltwirtschaft, wie sie für die Bundesrepublik maßgeblich ist, und trotz vergleichbarer massiver Strukturprobleme einzelner Branchen gesamtwirtschaftlich Produktion und Beschäftigung auf hohem Niveau zu stabilisieren.

Die Instrumente der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der schwedischen Sozialdemokratie, denen dieser relative Erfolg des „schwedischen Modells“ zu verdanken ist, sind vor allem Erhöhung des Anteils der im öffentlichen Sektor Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung, gezielte Beschäftigungsprogramme für einzelne Beschäftigungsgruppen (zum Beispiel Jugendliche), für „Problembranchen“ (zum Beispiel Schiffbau) und „Problemregionen“ (zum Beispiel Nordschweden) und gezielte Förderung neuer industrieller Aktivitäten. Dies ist möglich auf der Basis einer hohen und immer noch zunehmenden Staatsquote (gegenwärtig etwa 60 Prozent), einer aktiven Verteilungspolitik, die weitaus geringere Diskrepanzen in der Einkommensverteilung zuläßt, als dies in vergleichbaren Ländern der Fall ist, und einer fallweisen Mobilisierung von flankierenden Maßnahmen zur Preiskontrolle, Importkontrolle und Investitionslenkung, wann immer dies für nötig gehalten wird. Im übrigen wird das wirtschafts- und beschäftigungspolitische Instrumentarium fortentwickelt (Arbeitnehmerfonds, Mindestreservepflicht für Unternehmen, um brachliegendes Kapital abzuschöpfen).

Die „Financial Times“ stellte in diesen Tagen einen Vergleich der öffentlichen Ausgaben für Beschäftigungspolitik und Arbeitslosenunterstützung in Großbritannien und Schweden an, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß die Gesamtausgaben Schwedens für Beschäftigungsmaßnahmen, Fortbildungsprogramme und Arbeitslosenunterstützung relativ geringer sind als die Großbritanniens, mit dem Unterschied allerdings, daß der Hauptanteil der entsprechenden Mittel in Schweden für aktive Beschäftigungspolitik verwendet wird, während er in Großbritannien für die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung verbraucht wird. In Schweden werden 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für beschäftigungspolitische Maßnahmen und 0,6 Prozent für Arbeitslosenunterstützung (insgesamt also 2,4 Prozent) aufgewendet; in Großbritannien werden 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für beschäftigungspolitische Maßnahmen und 2,5 Prozent für Arbeitslosenunterstützung (insgesamt also 3,0 Prozent) ausgegeben.⁶ Die Arbeitslosenrate beträgt gegenwärtig in Schweden weniger als zwei Prozent und in Großbritannien fast zehn Prozent.

⁶ Financial Times vom 4. Mai 1988.

Natürlich kann es nicht darum gehen, das schwedische Modell schematisch übertragen zu wollen. Modelle lassen sich nicht von Land zu Land übertragen. Das schwedische Beispiel lehrt jedoch, daß es mit einem konsistenten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Programm möglich ist, unter den gegebenen Bedingungen der Weltwirtschaft und gegen die sogenannten Sachzwänge der Weltwirtschaft Vollbeschäftigung zu erreichen und aufrechtzuerhalten.

Wenn in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung festgestellt wird, wie zum Beispiel Fritz W. Scharpf dies tut, daß „Vollbeschäftigung weder „kostenlos“ durch eine keynesianische Wachstumspolitik, noch „auf fremde Rechnung“ durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals (auf fremde Rechnung!) zurückgewonnen werden kann, sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst“,⁷ dann kann man nur mit Leontief darauf antworten: Glaubt das nicht! Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wirtschaftspolitisch geboten sind Arbeitszeitverkürzungen, öffentliche Beschäftigungsprogramme und Einkommenstransfers, die allen eine gerechte Teilhabe am wachsenden Einkommen sichern würden.⁸

Scharpf geht von falschen Annahmen aus; er erweckt die Illusion einer Lösung, und er mißbraucht den Begriff der Solidarität: Scharpf argumentiert, daß die andauernde Massenarbeitslosigkeit ein strukturelles Arbeitsplatz-Defizit hervorgebracht habe (was etwa heißt: „Die Armut kommt von der Poverty“), das nur durch arbeitsplatzschaffende Investitionen abgebaut werden könne. Dafür seien niedrige Realzinsen für Finanzanlagen erwünscht, damit die Gewinnerwartungen von produktiven Investitionen im Vergleich dazu für das anlagensuchende Kapital attraktiver werden. Die in den siebziger Jahren vollendete Internationalisierung der Kapitalmärkte habe jedoch die Spielräume einer keynesianischen Zinspolitik im nationalstaatlichen Rahmen grundsätzlich eingeschränkt. Ob das nationale Zinsniveau für Finanzanlagen nun hoch oder niedrig gehalten werden kann, Unternehmen investieren nicht, weil sie angesichts weltweit stagnierender Nachfrage nicht damit rechnen können, daß zusätzliche Produktion auch ihren Absatz findet.

Mit dem Vorschlag, durch Umverteilung von Arbeitseinkommen „zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten“ die Teilhabe aller „Arbeitswilligen am Arbeitsleben“ möglich zu machen, wird die Hoffnung geweckt, daß es eine Lösung durch „Verzicht“ geben könnte; tatsächlich würde dadurch die Rezession verschärft und die Arbeitslosigkeit erhöht werden. „Würden 20 Millionen Einkommensempfänger aus unselbständiger Arbeit auf 5 Prozent ihres Einkommens verzichten“, wie Hans-Günther Sohl Scharpfs

7 Fritz W. Scharpf, Weltweite, europäische oder nationale Optionen der Beschäftigungspolitik? In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1 (1988), S. 24.

8 Wassiy Leontief, Technological Advance, Economic Growth, and the Distribution of Income, in: Population and Development Review, 3 (1983), S. 407.

Vorschlag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ausführt, so könnten nicht, was Scharpf und Sohl und andere uns glauben machen wollen, „eine Million Arbeitslose voll an unserem Wohlstand (!) teilhaben und sehr viel leichter in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden“,⁹ sondern Kaufkraft-Verlust, Nachfragerückgang, Produktions- und Investitionseinschränkungen und nicht die Eingliederung Arbeitsloser, sondern die „Ausgliederung“ (sprich: Entlassung) „unselbständiger Einkommensempfänger“ auf der einen Seite und Gewinnzunahmen „selbständiger Einkommensempfänger“ und vermehrte „Finanzanlagen auf den Auslandsmärkten“ auf der anderen Seite wären die unvermeidliche, vorhersehbare Folge.

In einer Phase des Umbruchs in der Weltwirtschaft, in einer Phase, in der sich entscheiden wird, was an die Stelle des Wachstumsmodells der Nachkriegszeit treten wird, welches endgültig an seine Grenzen geraten ist, in einer Phase, in der es in der politischen Auseinandersetzung um Aufrechterhaltung oder Veränderung der gegebenen Bedingungen geht, die immer stärker daran zweifeln lassen, ob sie „als Summe noch ein vernünftiges Ganzes“ hervorbringen,¹⁰ in einer Phase, in der bedrohliche Entwicklungen in Industrie- und Entwicklungsländern zunehmen und in der es mehr denn je um Lösungen geht, plädiert Scharpf und plädieren mit ihm andere für eine Hinnahme der „veränderten Tauschverhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Staat“ und der „vorläufig irreversiblen Niederlage im Verteilungskampf“ und für eine Unterwerfung unter die „ganze Härte der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ und damit für kontemplative Anpassung an das, was sich durchsetzt, wenn selbst auf Politik verzichtet und das Feld konservativer Politik überlassen wird.

Das Ganze wird dann auch noch als Festhalten an den Zielen des demokratischen Sozialismus, als „Sozialismus in einer Klasse“ oder als Solidarität der Beschäftigten mit den Arbeitslosen ausgegeben. Solidarität der Arbeitenden, das Füreinandereinstehen beschäftigter und arbeitsloser Lohnabhängiger, hat zum geringsten etwas mit der Umverteilung von Lohneinkommen untereinander und hat absolut nichts mit dem Verzicht auf Lohneinkommen zugunsten von Kapitaleinkommen oder zugunsten des Versprechens ihrer beschäftigungswirksamen Verwendung zu tun. Solidarität der Arbeitenden ist noch immer das gemeinsame Einstehen gegen eine bedingungslose Unterwerfung unter den Primat der Ökonomie, unter die „Funktionsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie“ (Scharpf), und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für soziale Gerechtigkeit und für Demokratie - im nationalen Rahmen und weltweit.

Die gegenwärtigen Produktivitätsfortschritte erlauben es einmal mehr, mit weniger Arbeit mehr zu produzieren. Die Gesellschaften müssen nicht ärmer werden, sondern können reicher werden. Die Lebensqualität muß nicht

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. April 1988.

¹⁰ So die Süddeutsche Zeitung in ihrer Ausgabe zum Jahreswechsel 1987/88.

abnehmen, sondern kann zunehmen. Wenn politisch die Weichen so gestellt werden, daß die wachsenden Überschüsse verwendet werden für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, dann kann die Arbeitslosigkeit reduziert und beseitigt werden; dann kann die Rezession überwunden werden.